

Nichtamtliche Übersetzung

Konferenz-Resolution **angenommen durch die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Die Teilnehmer der Konferenz, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten* und dem Europäischen Parlament, die sich am 29./30. August 2005 in Vilnius, Litauen versammelten, um Fragen der Demokratie, Stabilität, Formen der verstärkten Zusammenarbeit und Infrastruktur in der Ostseeregion zu erörtern –

überzeugt davon, dass

die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der Region und benachbarter Gebiete leistet, indem sie demokratische Transparenz gewährleistet, politische Maßnahmen initiiert und vorantreibt, demokratische Institutionen in den beteiligten Staaten unterstützt und stärkt und den Dialog zwischen Parlamenten, Regierungen und der zivilen Gesellschaft fördert;

in Anbetracht

früherer Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz insbesondere zur verstärkten Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Zusammenhang mit dem Ostseerat (CBSS) und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen,

der Nördlichen Dimension und der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU als Rahmen für Zusammenarbeit und Entwicklung,

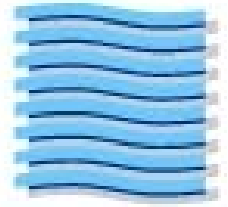
der Europäischen Nachbarschaftspolitik als einem geeigneten Instrument zur Fortsetzung der positiven Erfahrungen mit der Nördlichen Dimension;

unter Berücksichtigung

der Eutrophierung als einer ernststen Bedrohung für die Umwelt, die Fischerei, die Artenvielfalt und Erholungsmöglichkeiten an der Ostsee, was für die Ostseeanrainerstaaten von großer Bedeutung ist,

dass die hohe Priorität, die der Infrastruktur im Verkehrsbereich im Rahmen des Aktionsplans 2004 bis 2006 der Nördlichen Dimension eingeräumt wird, in der künftigen Entwicklung der Ostseeregion und in der Nördlichen Dimension beibehalten werden soll,

der Notwendigkeit der Weiterentwicklung einer integrierten Meerespolitik für die Ostseeregion und der aktiven Teilnahme am laufenden Prozess der Gestaltung einer integrierten und umfassenden Meerespolitik auf europäischer Ebene;



Nichtamtliche Übersetzung

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

der Zusammenarbeit in der Region und den benachbarten Ländern hohe Priorität einzuräumen,

auf der gegenseitigen Bindung an gemeinsame Werte auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, der guten „Governance“, der Achtung der Menschenrechte und der Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen aufzubauen,

die Entwicklung der Demokratie und einer zivilen Gesellschaft durch eine Stärkung der Rolle nicht-staatlicher Organisationen zu unterstützen,

den Dialog in der Ostseeregion mit benachbarten Ländern zur Förderung der Demokratie, Stabilität, Sicherheit, der zivilen Gesellschaft, den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und dem Wohlergehen aller Beteiligten zu verstärken,

die von der Helsinki-Kommission (HELCOM) festgelegten und eingesetzten Mechanismen für den Schutz der empfindlichen Meeresumwelt im Ostseeraum zu bewahren und zu stärken;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat, die HELCOM und die EU auf,

die Weiterentwicklung einer gemeinsamen regionalen Infrastruktur – insbesondere Verkehrs- und Energienetze – zu unterstützen,

die Nördliche Dimension zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region weiter zu entwickeln,

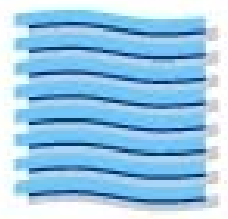
im Rahmen der Nördlichen Dimension, die sich bis zur Arktis und dem Nordwesten Russlands erstreckt, die speziellen Herausforderungen für die regionale Entwicklung, wie z.B. Verkehr, Energie, Grenzübergangseinrichtungen und Umweltprobleme, anzugehen,

die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und die Finanzinstrumente der EU, wie z.B. das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), zu nutzen und das Ziel dieser Maßnahmen – die Vorteile der EU-Erweiterung mit den Nachbarländern zu teilen – zu unterstützen und damit Stabilität und Demokratie in der Region zu stärken,

sich an der Entwicklung einer integrierten Meerespolitik und der Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt u. a. durch eine wirksame Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie zu beteiligen,

sich unter Nutzung der bestehenden regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der HELCOM für eine harmonisierte Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie im gesamten Einzugsbereich der Ostsee einzusetzen,

sich für das Konzept nachhaltiger seegestützter Logistikketten in Europa einzusetzen,



Nichtamtliche Übersetzung

in ihrem Bemühen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee nicht nachzulassen und ergänzende Schutzmaßnahmen auf allen Ebenen vordringlich voranzutreiben,

als Reaktion auf Umweltverschmutzungsvorfälle auf See durch Weiterentwicklung der subregionalen Dimension in der Planung der HELCOM-Reaktionskräfte und durch eine verstärkte Zusammenarbeit in der Frage der Notliegeplätze Ressourcen noch rationeller zu nutzen,

die Aktivitäten und Initiativen der Organisationen im Ostseeraum zur Erreichung des gemeinsamen Ziels der Stabilität und des Wohlergehens in der Region stärker zu koordinieren,

in Betracht zu ziehen, ob im Bereich der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung möglicherweise eine „Staatshaftung“ eingeführt werden sollte und ob das Verursacherprinzip nicht nur für Unternehmen und Einzelpersonen sondern auch für Staaten gelten sollte,

die Aktivitäten der Arbeitsgruppe Demokratische Institutionen des Ostseerats zu beleben,

die Bedingungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit u. a. durch weitere Bemühungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Kommunikation und eine Erleichterung der Formalitäten für grenzüberschreitende Reisen zu verbessern,

die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus in der Ostseeregion u. a. durch eine Verbesserung der einschlägigen Gesetzesvorschriften zu verstärken;

sind übereingekommen

konkrete Handlungsempfehlungen für den Bereich „Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Ostseeraum“ vorzubereiten,

die dieser Resolution als Anhang beigefügte, geänderte Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz anzunehmen.

Weiterhin

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz die freundliche Einladung des isländischen Parlaments Althingi, die 15. Ostseeparlamentarierkonferenz am 3.-5. September 2006 in Reykjavik abzuhalten und nehmen sie dankbar an.

* Baltische Versammlung, Dänemark, Deutschland, Estland, Europäisches Parlament, Finnland, Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Kaliningrad, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Polen, Russische Föderation, Schleswig-Holstein, St. Petersburg, Schweden, Åland